

Die Nahrungsmittelbilanz für das kommende Wirtschaftsjahr.

Nach den heutigen Erklärungen des Ernährungsministers.

Wien, 19. Juli

Dr. Paul hat heute das erste Mal als Minister im Abgeordnetenhaus gesprochen. Seine Prognose für das kommende Wirtschaftsjahr klang, wie übrigens nicht anders zu erwarten war, sehr zurückhaltend. Anerkennenswert ist die Offenherzigkeit, mit der er die vielfach gehegten Hoffnungen getnickt hat, die auf die Zeit nach der neuen Ernte gesetzt wurden. In den Jahren 1916 und 1917 wurde der verhängnisvolle Fehler begangen, der in den Wochen vor Beginn des neuen Erntejahres hart mitgenommenen Bevölkerung eine Erholungspause zu gewähren, in welcher ohne Rücksicht auf die unausbleiblichen Folgen aus dem Vollen geschöpft und so der Boden vorbereitet wurde für das im darauffolgenden Sommer auch tatsächlich erfolgte Versagen des staatlichen Ernährungsdienstes. Das darf sich nicht wiederholen, sagte der Minister heute. Ein zweites Mal darf Oesterreich nicht in derartige Versorgungsschwierigkeiten geraten, wie sie gegenwärtig die Bevölkerung drücken. Erst muß feststehen, worauf wir mit Sicherheit rechnen können, bevor die Drosselungsventile ganz geöffnet werden, und dies um so mehr, als die Ernteausichten im großen und ganzen nur als mittel bezeichnet werden können. Auch in einem anderen Kardinalpunkt legte der Minister schonungslos den Finger auf die Wunde, an der unser Ernährungswesen krankt. Oesterreich, das schon im Frieden auf die Einfuhr von Getreide, und zwar der Hauptsache nach aus Ungarn angewiesen war, ist außerstande, sich aus eigenen Mitteln mit Brot und Mehl zu versorgen. Der ungarische Import, der vor dem Kriege 40 bis 45 Prozent unseres Bedarfes betrug, ist jetzt auf einen Bruchteil dieser Menge zusammengeschrumpft. Auch das darf sich nicht wiederholen, zumal die Meldungen über den Ausfall der Ernte in Rumänien und die Aussichten in der Ukraine infolge der Dürre nicht sehr günstig sind. Die Forderung nach der gemeinsamen Ernährungsfront als Korrelat zu der gemeinsamen militärischen Aktion der beiden Staatshälften kann nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Das sind aber Fragen, in denen Oesterreich allein nicht entscheiden kann und auf den Verhandlungsweg angewiesen ist.

Die engere Aufgabe des österreichischen Ernährungsministers liegt in der Erfassung der inländischen Ernte und in deren sachgemäßen Bewertung und Verteilung, in der Bestimmung der Verbrauchsquote der bäuerlichen Selbstversorger, in der Beaufsichtigung der kleinen Lohnmühlen und in der Festsetzung des Preises für das Brotmehl und das Brot. Heute hat man sich erst sehr spät, zu spät, dazu entschlossen, die landwirtschaftlichen Selbstversorger mit demselben Maß zu messen wie die städtischen Verbraucher, und man weiß, wie groß der Kreis der Personen in Wirklichkeit gezogen war, welche als Angehörige von Selbstversorgungshäusern mitgezählt wurden. Darüber fehlte in den sonst erschöpfenden Ausführungen des Ministers jede Andeutung. Bezüglich der Beaufsichtigung der Lohnmühlen und der anderen Alimentsquellen des Schleichhandels beschränkte er sich im allgemeinen auf die Feststellung des unheilvollen Einflusses, den der riesenhafte Umfang der Schleichversorgung hervorgerufen hat, der Demoralisierung der Produzenten und Konsumenten, die schließlich zum allgemeinen Chaos führt. Ueber die energischen Maßnahmen, mit denen nach Einbringung der neuen Ernte dem Schleichverehr entgegengetreten werden soll, unterblieb aber eine nähere Aufklärung. Der Minister erblickt das zuverlässigste Mittel in der restlosen Erfassung der bewirtschafteten Lebensmittel und in der ausreichenden Honorierung der Lebensmittellarten. Das ist allerdings eine theoretische Auffassung, von der natürlich auch die Amtsvorgänger Dr. Pauls ausgegangen sind, ohne jedoch damit einen praktischen Erfolg buchen zu können. Man hörte heute nichts über die Absperrungspolitik der einzelnen Bezirkshauptmannschaften, welche so häufig das staatliche Ernährungsprogramm durchkreuzt, für die allerdings auch der Minister des Innern mitverantwortlich ist.

Die Erfassungsmöglichkeit, die auf der Kontrolle des ländlichen Erzeugers beruht, steht auch in einem untrennbaren Zusammenhang mit der Frage der Preisrelation, das heißt mit dem wechselseitigen Preisverhältnis in Ackerbau und Viehzucht. Die Kontrolle wird selbstredend erschwert, wenn die Verfütterung nuzbringender ist als der direkte Verkauf des Bodenproduktes. Dies in um so höherem Maße, als unsere Viehstapel schon stark gelichtet sind. Bereit sein ist auch in diesem Falle wenn nicht alles, so doch sehr viel. Ungarn hat schon heute neue Vermahlungsvorschriften herausgegeben, durch welche die Erzeugung seiner Weizmehle, allerdings damit auch der Kleie, zugunsten des Brotmehles herabgesetzt wird. Oesterreich mußte raschest auf diesem Wege folgen. Es mußte aber auch das Beispiel Ungarns in der Erstellung des Preises für Brotmehl nachahmen. Der neue Preis für ungarisches „Mullermehl“ wird wesentlich erhöht, der Preis für Brotmehl aber unverändert beibehalten. Die heutigen Erklärungen des Ministers enthalten in dieser Beziehung keine klare Äußerung, was in Oesterreich beabsichtigt ist, doch müssen seine Worte in dem Sinne gedeutet werden, als ob man hier mit einer Vertenerung des Brotpreises zu rechnen haben werde. Vor diesem Schritt kann nicht eindringlich genug gewarnt werden. Die Belastung für den Staatsschatz würde gewiß ganz ungeheuer sein, wenn er das Defizit, das sich aus dem unveränderten Brotmehlpreise ergeben würde, nicht auf den Verbraucher überwälzt. Diese Kosten müssen aber als Kriegskosten gebucht werden. Wenig Erfreuliches mußte Dr. Paul auch über die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zu berichten. Was den Ausfall an künstlichen Düngemitteln betrifft, kann die staatliche Fürsorge in den abgelaufenen vier Kriegsjahren nicht frei von aller Schuld gesprochen werden.

Einen breiten Raum in den Darlegungen des Ministers nahm die Besprechung der Zentralen ein. Der Minister erklärte die Aufhebung der zwangsläufigen Kriegswirtschaft, insoweit die durch den Krieg herbeigeführte Absperrung der Monarchie vom Weltmarkt andauert, für undenkbar. Das freie Spiel der Kräfte mußte nach seiner Ansicht einen Zustand maßloster Preissteigerung herbeiführen. In dieser Allgemeinheit ist die Forderung nach Bekämpfung des freien Handels nie aufgestellt worden, denn die Voraussetzungen sind bei den verschiedenen Erzeugnissen, namentlich soweit sie sich in lagerbare Dauerware und dem Verderben unterliegende Produkte scheiden, wesentlich differenziert. Auch lehrt sich der Widerstand der Bevölkerung nicht so gegen das Prinzip als gegen dessen Durchführung. Gewichtige Einwände könnten sicherlich gegen die vom Minister vertretene Auffassung erhoben werden, daß der freie Wettbewerb der Händler unter den gegebenen Verhältnissen die Ware nicht vermehren und den Preis der Ware nicht senken kann. Es wurde schon des öfteren darauf verwiesen, daß der geschulte Kaufmann mit seinen langjährigen Verbindungen, der das Vertrauen der produzierenden Landbevölkerung genießt, die Ware in ganz anderem Maße aufzuspüren und auf den Markt zu bringen vermag als ein beamtetes Organ, auch wenn es von den besten Intentionen erfüllt ist. Doch anerkannte Dr. Paul die in der Öffentlichkeit erhobene Kritik gegen einen Teil der Zentralenwirtschaft und kündigte an, daß ebenso wie es bei der Futtermittelzentrale und bei der „Geos“ der Fall war, die Kriegsgetreideverkehrsanstalt in eine unmittelbare Hilfsstelle des Amtes für Volksernährung umgewandelt werden soll. Dr. Paul sagte auch zu, den betruenen Handel im Rahmen der staatlichen Bewirtschaftung noch stärker heranzuziehen und für eine entsprechende Vertretung des Konsums in den Zentralen sorgen zu wollen, deren finanzielle Gebarung durch eine eigene Kontrollstelle im Ernährungsamte geprüft werden wird.

Erst für den Beginn des Monats August konnte der Minister eine Entspannung in Aussicht stellen. Erst von diesem Zeitpunkt an wird die Aufhebung der verkürzten Brotration durchführbar sein. Er sagte aber ausdrücklich, mit der diesjährigen Ernte wird die geregelte Brotversorgung wieder hergestellt werden können. Das von Ungarn zugesagte Rinderkontingent soll vor allem für die Versorgung von Wien und einzelner größerer Städte in den Kronländern und für die Kriegsindustrie Verwendung finden. Er hofft, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, in Wien die im Interesse der Approvisionierung dringendst notwendige Zentralschlachtung zur Durchführung zu bringen. Besonders tritt ist die Lage der Fettversorgung und selbst bei Annahme einer sehr bescheidenen Wochenfettquote erscheint durch die inländische Ausbringung an Butter und Speisefalg nur ein Bruchteil des Bedarfes gedeckt. Diese Bilanz ist, wie der Minister abschließend bemerkte, ohne Optimismus, aber auch frei von schädlichem Pessimismus gezogen. Die nächsten Monate werden lehren, ob Dr. Paul das Wenige, was er angesichts dieser Sachlage leisten zu können zusagte, auch tatsächlich bieten wird.